

# „Wider alle Querfrontambitionen“ – Zur Rolle der LINKEN in Coronazeiten und danach

Sabine Ritter und Hartmut Obens

## „Rohe Bürgerlichkeit“ und verstärkte Gewaltneigung

In seiner Einschätzung zu den Unterschieden zwischen den aktuellen Coronaprotesten und den „Querdenker-Demos“ der vergangenen beiden Jahre sagt Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld: *„Die Form der Demonstrationen hat sich verändert. Die Ablehnung einer möglichen Impfpflicht, die Gegner nennen es durchgehend „Impfzwang“, ist zurzeit die große Klammer der Proteste. Das schafft auch für viele Leute aus dem bürgerlichen Milieu einen Anreiz, mitzugehen. Obwohl die Impfpflicht politisch und auch juristisch noch längst keine Realität ist, steht sie für diese Menschen bereits fest. Aktuell beginnt sich die Gegenöffentlichkeit zu formieren. Zugleich wird aber auch die Sensibilität in der Zivilgesellschaft stärker, weil prägende Teile der Corona-Proteste auch die demokratische Kultur infrage stellen. Verschwörungserzählungen, Feindbilder, antisemitische Elemente, demokratiegefährdende oder demokratiefeindliche Meinungen wie auch Angriffe auf demokratische Einrichtungen, wie sie Bürgermeister oder Landräte repräsentieren oder die Polizei prägen das Bild vieler Proteste.“<sup>1</sup>* Von Anfang an ging es bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen auch fundamental um das Verhältnis der Kritiker\*innen zum Staat. Bei den jetzigen „Spaziergängen“ haben wir es, so der Nachfolger von Wilhelm Heitmeyer, bereits mit einem Schulterchluss zwischen „radikalen Systemgegnern“ und „bürgerlichen Gruppen“ zu tun, die zunächst als „Impfgegner“ auftreten. *„Das sind Leute, die sich sehr anstecken lassen von dem Thema Freiheitseinschränkungen, die sich ihre „Freiheit“ zurückholen wollen. Der Schulterchluss klappt, gerade weil keine politische Idee dort verfolgt wird und es ein scheinbar einfaches Protestziel gibt: Keine Impfpflicht, Corona-Regeln lockern oder aufgeben, was dann als Freiheit verstanden wird.“<sup>2</sup>*

Sozialforscher\*innen um Oliver Nachtwey an der Universität Basel sehen die „Coronadissidenz“ als „Ausdruck einer fundamentalen Legitimationskrise der modernen Gesellschaft“. Das Glücks- und Zukunftsversprechen der Moderne habe seine Glaubwürdigkeit verloren.<sup>3</sup>

Die Bewegung der Querdenker\*innen sei vor allem durch eine tiefe Entfremdung von Kerninstitutionen der liberalen Demokratie zu charakterisieren. Der parlamentarischen Politik und den Parteien, der Wissenschaft und den Medien – allen Institutionen schlage großes Misstrauen entgegen. Einzig die Gerichte und das Justizsystem genossen noch eine schmale Vertrauensbasis. Die Kritiker\*innen sähen sich in ihrer Abweichung vom Mainstream verkannt und geächtet; gleichzeitig werten sie sich und ihre Expertise im Vergleich zum Mainstream auf. *„So überrascht es auch nicht, dass die Querdenker\*innen-Bewegung sich durch eine starke normative Unordnung kennzeichnet, die sich beinahe ausschließlich jenseits der tradierten Formen politischer Repräsentation bewegt.“<sup>4</sup>*

Die „Querdenkenbewegung“ komme nicht einfach aus dem Nichts. Vielmehr gab es, so Nachtwey et al., in den letzten Jahren jenseits tradierter Formen der Repräsentation Bewegungen, rechte wie linke, die nicht auf stärkeren Parteeinfluss orientieren (wie etwa die Klimabewegung), sondern die sich jenseits traditioneller Orientierungen verorten. Dazu könnten Montagsmahnwachen, Pegida und Occupy gezählt werden. In einer Folgestudie für

<sup>1</sup> Interview mit Andreas Zick im Deutschlandfunk Kultur am 18.1.2022.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Politische Soziologie der Coronaproteste, Grundausswertung, Universität Basel vom 17.12.2010, S. 62.

<sup>4</sup> Ebenda.

Baden-Württemberg wurde zudem der starke Einfluss esoterischer Gruppen festgestellt.<sup>5</sup> Es seien vier Milieus von vorherrschender Bedeutung für die Proteste: 1. das Alternativmilieu, 2. das anthroposophische Milieu, 3. das christlich-evangelikale Milieu und 4. das bürgerliche Protestmilieu.<sup>6</sup>

Im Gegensatz zum Selbstverständnis der Akteur\*innen seien es aber keine „linken“ Proteste, sondern solche, die ihrem politischen und ideologischen Charakter nach „rechts“ und elitär sind, auch wenn manche der Protestformen aus linker Vergangenheit entlehnt sind: *„Es führt aber kein direkter Weg vom (ehemaligen) linksalternativen Milieu zum Querdenkertum“ im 21. Jahrhundert. Es handelt sich gerade um die Transformation dieses Milieus, in der von den linken Politikformen und linken Werten wie Solidarität und Gleichheit im Grunde nichts mehr übrig ist.“*<sup>7</sup>

In Ostdeutschland sei die Situation eine andere; die „Querdenkerbewegung“ sei anders zusammengesetzt und werde eindeutig von der AfD und anderen rechten Gruppen dominiert. Dadurch sei auch eine höhere Gewaltbereitschaft feststellbar.<sup>8</sup> Die Forscher\*innen warnen indes davor, die Kritiker\*innen der Corona-Maßnahmen einfach zu „pathologisieren“. Es müsse ein Prozess der gesellschaftlichen Selbstreflexion beginnen, die von der Frage geleitet sei: *„Was für eine Gesellschaft bringt derartige Bewegungen hervor, was sind ihre strukturellen Voraussetzungen?“*<sup>9</sup>

Christiane Schneider, ehemalige LINKE-Bürgerschaftsabgeordnete und Kennerin der „Szene“, hat als teilnehmende Beobachterin der Protestdemos erfahren, dass es nicht nur ökonomisch unsichere Existenzen sind, die sich hier beteiligen, sondern auch Menschen mit sicheren Jobs, guter Ausbildung, solidem Einkommen und großem Selbstbewusstsein, die ihre gesellschaftliche Position und ihre „Überlegenheit über die Nichtwissenden“ selbstbewusst und im Gestus von „Verkündern der Wahrheit“ präsentieren.

Christiane Schneider ist zuzustimmen, dass diese Bewegung eine neue und bedrohliche Qualität der Rechtsentwicklung auszeichnet.

Tatsächlich ist eine politisch und allgemeingesellschaftlich brisante Situation entstanden, die uns Linke vor neue Fragen und Herausforderungen stellt. Diese haben insbesondere mit der Repräsentationskrise und dem verloren gegangenen Vertrauen gegenüber etablierten Organisationen und Parteien in unserem Land zu tun. Davon ist auch die LINKE betroffen. Was als „Freiheitsbekenntnis“ gegen staatliche (Impf-)Zwänge deklariert wird, erweist sich tatsächlich als ein grundsätzliches Problem in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Verschwörungserzählungen im Rahmen gesellschaftlicher und gesundheitlicher Krisenentwicklungen, deren bedrohliche politische Folgen nicht lange auf sich warten lassen:

*„Wir sehen zurzeit eine Konsolidierung von antidemokratischen, demokratiegefährdenden Ideologien und Verschwörungserzählungen, von denen sehr viel bleiben wird. Die gefährlichste Zeit kommt nach den Protesten, nach der Pandemie. Wir sehen jetzt in vielen Städten Tausende von Menschen auf der Straße, die der Meinung sind, dass der Staat in weiten Teilen Legitimität verloren hat. Dort demonstrieren Tausende von Menschen, die sich von mitlaufenden Rechtsextremen nicht distanzieren. Wir verlieren Menschen aus der Mitte heraus in diese neuen sektiererischen Gruppen. Vielleicht gehen die in der nächsten Protestkultur wieder auf die Straße. Vielleicht ziehen sie sich zurück und nehmen an dem Dialog, der demokratische Institutionen stark macht, nicht mehr teil. Dann wandert der*

---

5 Nadine Frei, Oliver Nachtwey (unter Mitarbeit von Verena Hartleitner, Matthias Zaugg, Iljana Schubert und Annika Sohre), Quellen des Querdenkertums. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg, 2021: Charakteristisch für Baden-Württemberg sei eine „Komplementarität von verschwörungstheoretischen und esoterischen Überzeugungen“, S. 3.

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Nachtwey u.a. 2020, S. 63.

Gewaltbereitschaft und Gewaltstrategien haben ein Ausmaß angenommen, das den Kampf der Linken (groß und klein geschrieben) gegen die Rechtsentwicklung in und nach der Coronakrise vor neue Aufgaben und Konsequenzen stellt. Dabei kann sich DIE LINKE bewähren und damit einen wesentlichen Schritt zu Überwindung ihrer Parteikrise tun, oder – wenn bestimmte Krisenerscheinungen sich auch innerhalb der LINKEN breitmachen – das Ende dieser Partei besiegeln.

Dieser Schritt erfordert mehr als bloß taktisches Lavieren und mehr als Ad-Hoc-Maßnahmen, sondern eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit der Thematik, wozu hier ein erster Versuch aus Hamburger Perspektive unternommen wird. Wir zeigen, inwiefern die Öffnung gegenüber rechten Positionen, das Aufgreifen und Bedienen rechter Argumentationsfiguren, historisch und politisch gefährlich und falsch ist.

### **Die Demonstrationen zu den Coronamaßnahmen in Hamburg: Was ist Freiheit?**

Die bislang größte Demo der 14.000 Maßnahmegegner\*innen in Hamburg am 8. Januar wurde glaubwürdigen Zeug\*innen zufolge zahlenmäßig nicht von Querdenkenden, Coronaleugner\*innen, Rechtsradikalen und Rechtspopulist\*innen dominiert, obwohl das ultrarechte Milieu Hamburgs (AfD, Rechtsradikale, neofaschistische Jugendorganisationen und Co) prominent vertreten war und sich offenkundig zufrieden, bestätigt und ermutigt fühlte. Enttäuschte Linke, die teilgenommen haben, waren ihrerseits der Meinung, dass diese Demo eine gegen die autoritäre Politik des Staates gerichtete „demokratische“ Aktion gewesen sei, die den Willen der Teilnehmer\*innen authentisch und glaubwürdig zum Ausdruck gebracht habe. Die LINKE spiele in dieser oppositionellen Bewegung keine Rolle mehr. Dagegen war es ein außerordentlich wichtiges Signal, dass am 15. Januar erstmalig in Hamburg unter maßgeblicher Beteiligung der LINKEN eine demokratische Gegendemo stattfand: „Solidarität gegen Verschwörungsideologien“. An den „Coronademos“, also denjenigen der Maßnahmenkritiker\*innen in den Wochen und am Wochenende zuvor, beteiligten sich verschiedene kulturelle und politische Gruppen. Dabei waren Leute aus der „bürgerlichen Mitte“, auch aus alternativen Milieus, die eher in linksalternativen Gruppierungen zuhause sind und deren Impfgegnerschaft sich vornehmlich auf bürgerliche und individuelle Freiheitsrechte und gegen „staatlichen Zwang“ begründet. Die gemeinsame Losung lautet: „Gegen Impfwang und Coronadiktatur“. Auffällig dabei ist, dass sich dieses Freiheitsverständnis ausschließlich auf persönliche und wirtschaftliche Interessen bezieht, nicht aber auf die „Freiheit der Anderen“ (etwa derer, die an Corona leiden, auf Intensivstationen versorgt werden oder gar versterben). Bei den „Coronaleugner\*innen“ ist eine Verbindung zur wirtschaftsliberalen Lindner-Linie unverkennbar, wonach die „Freiheit der persönlichen Entscheidung“ Vorrang habe vor der Freiheit körperlicher Unversehrtheit. Mittlerweile gibt es über 120.000 coronabedingt verstorbene Menschen in der BRD, weltweit sind es Millionen. Der Hintergrund des vor diesem Hintergrund deutlich erkennbar absurden Freiheitsverständnisses („Tot, aber frei“) ist ein liberal-abstraktes Grundrechteverständnis, das geprägt ist von einer kleinbürgerlich-anarchistischen Freiheitsauffassung und Staatsablehnung.

Wir LINKEN teilen weder diesen (neo-)liberalen Freiheitsbegriff noch das entsprechende Grundrechteverständnis. Auch sind wir keine Anhänger\*innen einer derartigen Staatsauffassung. Ein linkes Politikverständnis weiß, dass „Freiheit“ ein Kollektivgut ist, dass also

---

<sup>10</sup> Zick, ebenda.

um der Freiheit *aller* willen derjenige Spielraum beschränkt werden darf und muss, der dieses Kollektivgut gefährdet. Anstelle von „Staatsablehnung“ vertreten wir LINKE eine Staatskritik, die nicht von abstrakten, sondern realen und konkreten Erfordernissen der arbeitenden Mehrheit unseres Landes ausgeht. Und diese Staatskritik äußern wir auf konkrete und nachvollziehbare Weise.

Auch Andreas Speit, Experte für die „neue Rechte“ und die „Querdenkerbewegung“, kritisiert das Freiheitsverständnis von Teilen der alternativen Milieus. In seinem Buch „Verqueres Denken“ sieht er rechte Tendenzen auch dort: die alternative Szene spiele mittlerweile in der „Querdenken-Bewegung“ eine immer größere Rolle. *„Nicht bloß in Stuttgart sind seit über einem Jahr Menschen mit bürgerlichen Werten und alternativen Lebenshaltungen auf der Straße – manche von ihnen finanziell abgesichert, andere ökonomisch prekär lebend. Im Protest verschärft sich die anhaltende Entkultivierung von Teilen des Bürgertums weiter. Rücksicht auf seine Mitmenschen, Einschränkungen ertragen, Regeln ernstnehmen – perdu. Der vermeintliche Protest für die Freiheitsrechte aller ist letztlich ein Protest für das eigene Recht, sich zu verhalten, wie man gerade will. Die Demonstrant:innen denken nicht quer, sie denken egoman.“*<sup>11</sup>

Bei der AfD und im rechten Milieu ist der Feldzug gegen die „Coronadiktatur“ des Staates ohnehin rein taktischer Natur; gegen die tatsächlich autoritären und diktatorisch ausgerichteten Staaten wie z.B. Ungarn, Polen und Türkei hört man diese Kritik nicht. Hinzu kommt die durch und durch reaktionäre, vormoderne Wissenschaftsfeindlichkeit (Leugnung der Klimakrise) und eine auf Krisenverschärfung gerichtete zynische politische Strategie, von der sie sich eingestandener Maßen einen verstärkten Zulauf politisch eingeschüchterter und krisengebeutelter Menschen erhoffen.

## **Distanzlosigkeit und gemeinsame Losungen**

Was aber diese sozial und politisch zutiefst unterschiedlichen Milieus miteinander verbindet und bei den „liberalen“ und „bürgerlichen“ Gruppen dazu geführt hat, ihre Distanz zu Rechtspopulist\*innen und Faschist\*innen zu relativieren bzw. aufzugeben, ist eine Haltung, die sich in der jahrzehntelangen Herrschaft neoliberaler Ideologie und ihrer Auswirkungen auf die Denk- und Verhaltensmuster von Angehörigen der „liberalen Mitte“ auf gefährliche Weise ausgewirkt hat. Das wurde verschiedentlich sozialwissenschaftlich beschrieben und analysiert, etwa von Wilhelm Heitmeyer („Deutsche Zustände“). Der Befund ist eine Verstärkung und Verfestigung „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, die sich in verschiedenen antidemokratischen Ausprägungen zeigt: Distinktion gegenüber Marginalisierten, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Wohlstandschauvinismus („Eure Armut kotzt mich an“). Heitmeyer fasst die konkreten Manifestationen dieser „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ in der Mitte der Gesellschaft als „rohe Bürgerlichkeit“ zusammen. Rohe Bürgerlichkeit wirkt sich prägend auf Persönlichkeitsstruktur und Verhalten der Beteiligten aus und erzeugt einen Typ von „autoritärem Charakter“, der sich in einem egoistisch-individualistischen, empathielosen und sozialfeindlichen Rigorismus äußert.<sup>12</sup> Von Marx wissen wir, dass dieses Verhalten etwas mit den „Wolfsgesetzen“ der kapitalistischen Konkurrenz zu tun hat, nach denen „je ein Kapitalist viele tötet“. Überleben oder Untergehen, das ist die Maxime und das Weltbild, das in diesem Milieu herrscht.

---

<sup>11</sup> Andreas Speit, Verqueres Denken, Berlin 2021, S. 8.

<sup>12</sup> Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, 10 Bände von 2000 bis 2009. Wilhelm Heitmeyer, geboren 1945, war von 1996 bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Er erhielt 2012 den Göttinger Friedenspreis.

Heutzutage sind solche Haltungen nicht exklusiv für die konservativen, kapitalnahen Milieus typisch, sondern auch grundlegend bei denen, die gleichzeitig Begriffe wie „Achtsamkeit“, „Mitgefühl“, „Menschlichkeit“, „Freundlichkeit“ und „Solidarität“ im Sprachgebrauch führen. Und eines ist klar: Diese Erscheinungen haben etwas mit den nun schon länger andauernden Krisenentwicklungen zu tun, mit einer kapitalistischen Systemkrise, die nicht nur die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Verfallserscheinungen einschließt, sondern sich auch auf die moralischen und politischen Dispositionen der Menschen auswirkt. Vorrangig ist das bei Einzelhändler\*innen, Gastronom\*innen und Kleinunternehmer\*innen und ähnlichen wirtschaftlichen Existenzen zu beobachten, die krisen- und pandemiebedingt auf ökonomisch unsicheren Beinen stehen. Das hat sich durch Lockdowns und restriktive Öffnungs- und Zutrittsregeln auf dramatische Weise verschärft.

An dieser Stelle muss auf eine damit eng verbundene gefährliche politische Tendenz und Konsequenz hingewiesen werden, die auch schon in früheren Zeiten eine erhebliche Bedeutung hatte, sich aber in der jetzigen Situation bedrohlich verstärkt: Es geht um die Herausbildung einer „Querfrontorientierung“, die sich als Folge der politischen Krisenentwicklung und einer zunehmenden Entmutigung und Enttäuschung bei einigen linken Kräften (auch innerhalb der Linkspartei) bemerkbar macht und die alte Gewissheit, dass es zwischen rechts und links keinerlei Gemeinsamkeiten gibt, als „überholt“ ansieht. Die ideologische, sehr unterschiedlich gewichtete Gemengelage aus libertärem Freiheitsverständnis, Fundamentalopposition gegenüber dem Staat, neoliberalen Konkurrenzdenken und politischer Frustration gibt einer solchen „Querfrontorientierung“ Nahrung. Die Querfrontpolitik und -ideologie hat eine Geschichte. Diese Geschichte wollen wir etwas beleuchten. Damit etikettieren wir nicht alle hier geschilderten Erscheinungen der bürgerlichen Querdenkideologie pauschal als „querfrontverdächtig“, sondern zeigen auf, dass die Leugnung des fundamentalen Gegensatzes zwischen links und rechts ein wesentlicher Faktor ist, auf dessen Grundlage sich die Querfrontpolitik entwickelt hat.

### **Was ist, was war „Querfront“ und „Querfrontpolitik“?**

Warum sprechen wir angesichts der skizzierten Entwicklung und dieses augenscheinlichen Verschwimmens der Grenzen von „links“ und „rechts“ samt der wachsenden Bereitschaft, sich unter gemeinsamen politischen Losungen zusammenzufinden, also von „Querfront“? Es lohnt ein Blick in die Geschichte. Einerseits entstammt der Begriff einem spezifischen historisch-politischen Kontext, der nicht ohne weiteres auf heute zu übertragen ist. Andererseits waren es immer Krisenentwicklungen, die solche Tendenzen erzeugt und befördert haben. Das trifft auch auf heute zu. Zudem suggeriert dieser Begriff eine inhaltliche und konzeptionelle Kohärenz, die so weder gegenwärtig noch in der Vergangenheit auf genau gleiche Weise gegeben ist. Das ist zu berücksichtigen, wenn ideologische Schließungsbewegungen zwischen rechts und links diskutiert und analysiert werden sollen.

Lange vor den „Mahnwachen“ der Friedensbewegung vergangener Jahre, bei denen solche Tendenzen erkennbar waren, war das „Querfront“-Thema bereits relevant.<sup>13</sup> Erstmals tauchten diese Tendenzen in den Krisenjahren der 1920er auf. Intellektuelle der politischen Rechten forderten, den Gegensatz von rechts und links zu „überwinden“ und den Kampf gegen das „System“ von links und rechts zu führen. Mit „System“ war die Weimarer Republik gemeint, gegen die die verschiedenen rechten Strömungen in Deutschland einen erbitterten

---

<sup>13</sup> Mahnwachen – Ein rechtes Projekt auf den Trümmern linker Fundamente, Feature von Rainer Link im Deutschlandfunk am 3.11.2015.

Kampf führten. Kaiserreich, Erster Weltkrieg und verlorene Privilegien haben unter den „alten ideologischen Ständen“ (kaisertroue und antidemokratisch-elitäre Intellektuelle, Professor\*innen und Literat\*innen) immense Verunsicherungen bewirkt. Sie fürchteten das mit der Weimarer Republik aufbrechende neue Zeitalter und die mit der Arbeiterbewegung drohende soziale Revolution. Es waren nicht nur die Nazis der ersten Stunde, sondern auch die verschiedenen Strömungen dieser „konservativen Revolution“ (Armin Mohler), an deren ideologische Basis und Tradition die heutige „neue Rechte“ (Kubitscheks „Institut für Staatspolitik“, die Zeitschriften „Junge Freiheit“ und „Sezession“, Elsässers „Compact“, Höckes AfD-Flügel u.a.) anknüpfen, um ihre faschistische und neonazistische Programmatik zu verharmlosen.<sup>14</sup>

1923 war für die Kreise der „konservativen Revolution“ ein bedeutendes Jahr: Arthur Moeller van den Bruck verfasste sein Hauptwerk „Das dritte Reich“ („dritter Weg zwischen Kapitalismus und Marxismus“) und propagierte einen „preußischen Bolschewismus“. Der Nationalrevolutionär Ernst Niekisch propagierte einen „revolutionären Sozialismus und Nationalismus“. Auf theoretisch-ideologischer Ebene war die „Querfront“ maßgeblich von Vertretern des neonationalistischen TAT-Kreises entwickelt und in zahlreichen Publikationen, wie etwa der Zeitschrift „TAT“, formuliert worden. Die TAT-Publikationen waren ein Konglomerat aus „linken“ und „rechten“ Positionen: Kapitalismuskritik verband sich mit dem Ruf nach nationaler Autarkie und der Forderung nach einer neuen Elite. Das waren auch Kernelemente anderen Plattformen der „konservativen Revolution“.<sup>15</sup> Die Verbindungen der „Konservativen Revolution“ zur NSDAP waren in einigen Fällen sehr eng (z.B. bei Carl Schmitt, er wurde später der führende Staatsrechtsideologe der Faschisten), bei anderen taktisch begründet auch konflikthaft (z.B. bei Ernst Jünger). Die z.T. vorhandenen taktischen Auseinandersetzungen innerhalb dieser Strömungen wurden später von Armin Mohler benutzt, um seine Persilschein-Legende von der „konservativen Revolution“ als vermeintlicher Alternative zum Nazifaschismus zu begründen. Damit hatte er in der Adenauerzeit nicht unbeträchtlichen Erfolg und propagierte die „konservative Revolution“ als Gegenentwurf zu einem „träge gewordenen Konservatismus“ in der Nachkriegszeit. Er brachte es bis zum Redenschreiber Adenauers und war auch Privatsekretär von F.J. Strauß.<sup>16</sup> Dass Mohler ein bekennender Faschist war, der als sein politisches Vorbild den spanischen Falangistenführer Primo de Rivera nannte, schien dabei niemanden zu stören.

## **Nationalbolschewistische Tendenzen in der KPD der zwanziger Jahre – der „Schlageter Sündenfall“<sup>17</sup>**

---

<sup>14</sup> Volker Weiß, Die autoritäre Revolte, Klett-Cotta 2017.

<sup>15</sup> Wikipedia: [https://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Tat\\_\(Monatszeitschrift\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Tat_(Monatszeitschrift)).

<sup>16</sup> Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932: Ein Handbuch (Deutsch ) Taschenbuch – 1. September 2005 von Armin Mohler (Autor), Karlheinz Weissmann (Autor). K.H. Weissmann wurde zu einem führenden Ideologen der „neuen Rechten“ und gründete nach dem Bruch mit Götz Kubitschek die rechtspopulistische Zeitung „Junge Zeit“. Siehe auch Stefan Breuer, Anatomie der Konservativen Revolution, Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1995 sowie ders., Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945, Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2001.

<sup>17</sup> DIE LINKE ist eine linkssozialistische Partei und steht in der historischen Tradition linkssozialistischer Gruppen und Parteien wie der KPD(O), der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und anderer politischer Strömungen zwischen KPD und SPD. Wir beziehen uns hier auf die von der KPD zu verantwortenden politischen und ideologischen Probleme der sogenannten „Querfrontpolitik“, die von linkssozialistischen Theoretiker\*innen und Gruppen heftig kritisiert und abgelehnt wurde. Auch in der Faschismus-Analyse und gegen die verheerende Sozialfaschismus-These der KPD gab es von linkssozialistischen Parteien und Gruppen andere Auffassungen (z.B. August Thalheimer). Diese Thematik ist indes nicht Gegenstand dieses Positionspapiers. Es

In der „Roten Fahne“, dem Zentralorgan der KPD, kam es 1923 zu kontroversen Diskussionen, die durch Karl Radeks „Schlageter“-Rede ausgelöst worden waren. Es wurden auch Stellungnahmen der „konservativen Revolutionäre“ Moeller van den Bruck und Ernst Graf zu Reventlow abgedruckt, die sich positiv zu Radek äußerten. Schlageter, ein reaktionärer Freikorpskämpfer, wurde 1923 von der französischen Besatzungsmacht wegen Beteiligung an Sprengstoffanschlägen zum Tode verurteilt. Radek sprach von ihm als „Märtyrer des deutschen Nationalismus“ und verlieh dem Konterrevolutionär Heldenstatus.<sup>18</sup> Ruth Fischer, zeitweilige Vorsitzende der KPD und später wegen „Linksabweichung“ ausgeschlossen, fand im Zusammenhang mit dem Schlageter-Thema folgende Worte: *„Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. [...] Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.“*<sup>19</sup> Im August 1923 stellte die KPD fest, das Programm der NSDAP sei in seinem Antisemitismus abzulehnen, wohingegen der „sozialistische“ Teil als Ausdruck des „gesunden Dranges nach einem endgültigen Bruch mit dem alten Regime“ eingeschätzt wurde. Im April 1924 tauchten sogar Flugblätter der KPD mit dem Titel „Nieder mit der Judenrepublik“ auf. Man wollte das Kleinbürgertum durch nationalistische Rhetorik für sich gewinnen und überschritt dabei weit die Grenze zum Antisemitismus. Clara Zetkin soll 1924 gemahnt haben, die Partei dulde mittlerweile sogar „faschistische Antisemiten“ in ihren Reihen.

Es ist unverkennbar und auch im Nachhinein verstörend, dass es in dieser Situation einer politischen Defensive Versuche gab, durch Verwendung von Nazijargon und im direkten Anschluss an den Antisemitismus bestimmte, auf die andere Seite gewechselte Kleinbürger\*innen und Arbeiter\*innen für die KPD „zurückzugewinnen“. Diese Bemühungen sind bekanntlich ganz und gar fehlgeschlagen.

### **Das KPD-Programm von 1930 zur „nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“**

Häufig wird das Programm der KPD zur „nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“<sup>20</sup> von 1930 als Beleg für die Querfrontpolitik der KPD zitiert. Tatsächlich enthält das Programm keinen Aufruf zu einer Zusammenarbeit mit der NSDAP und propagierte auch keine Gemeinsamkeiten mit den Nazis. Der Faschismus wird als Feind der Arbeiterklasse und der Volksmassen und als Helfershelfer des Großkapitals bezeichnet. In dieser Hinsicht ist eine Querfrontorientierung nicht erkennbar. Allerdings spielte die stalinistische Sozialfaschismus-These eine beherrschende Rolle: Gegen die Sozialdemokratie gerichtet wurde von Thälmann ausgeführt, dass deren „verräterische Politik“ verantwortlich sei für das

---

ist deshalb an dieser Stelle nicht möglich, die unbestreitbare Bedeutung der KPD im Klassenkampf der Jahrhundertwende und der Revolutionszeit, gegen imperialistische Kriege und den Hitlerfaschismus herauszuarbeiten. Auch für das Nichtzustandekommen einer antifaschistischen Einheitsfront ist nicht die KPD allein verantwortlich zu machen, sondern ebenso die seinerzeitige SPD-Führung. Die historische Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus ist das Ergebnis des politischen Versagens beider Arbeiterparteien.

<sup>18</sup> Radeks Schlageter-Rede (1923). Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts, in: Hermann Weber (Hg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln und Berlin 2. Aufl. 1964, S. 142 – 147, hier S. 143.

<sup>19</sup> Wikipedia: [https://de.wikipedia.org/wiki/Ruth\\_Fischer](https://de.wikipedia.org/wiki/Ruth_Fischer). Von Interesse ist vielleicht auch, dass sie später zu einer erbitterten Antikommunistin mutierte und mit dem CIA zusammenarbeitete. Dabei scheute sie auch nicht davor zurück, ihre Brüder Gerhard und Hanns Eisler zu denunzieren.

<sup>20</sup> Ernst Thälmann, Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes Proklamation des ZK der KPD (24. August 1930).

Erstarken der NSDAP. Gemeinsam mit den Regierungsparteien hätten sie „*Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslands verkauft*“.<sup>21</sup>

Es war die Reaktion von rechts, die aus dieser Rede eine Querfront-Programmatik herauslas: Von Nationalrevolutionären wie Ernst Niekisch wurde das Programm gelobt. In der Zeitung Otto Strassers hieß es, die KPD stelle sich damit in die „*Front des deutschen Widerstands und der Freiheitspolitik*“.<sup>22</sup>

Das hatte fatale politische Folgen; Teile der bürgerlichen Geschichtsschreibung bezogen und beziehen hieraus den Stoff für die Erzählung vom Zusammenbruch der Weimarer Demokratie durch den gemeinsamen Kampf von Faschist\*innen und Kommunist\*innen und begründen damit ihre „Totalitarismus-Theorie“. Es kam in der Tat zu mehreren Kooperationen zwischen KPD und NSDAP: 1931 beteiligte sich die KPD an einem Volksbegehren von Stahlhelm und NSDAP zur Auflösung des preußischen Landtags gegen die Regierung von Otto Braun (was scheiterte). Am 20. Juli 1932 wurde der preußische Landtag durch den sogenannten „Preußenschlag“ von der Regierung Papen aufgelöst. Der Parole Thälmanns folgend, bei Streikaktionen unbedingt auch Nazis in die Streikleitungen aufzunehmen, kam es 1932 zu einer Kooperation zwischen Walter Ulbricht und Josef Goebbels im Berliner Verkehrsarbeiterstreik, der letztlich blutig niedergeschlagen wurde.<sup>23</sup> Alle darauffolgenden Bemühungen der KPD, dass der bevorstehende Machtantritt der Nazis die KPD verschonen möge, blieben ebenso erfolglos wie ähnliche Versuche der SPD, durch Bildung eines „judenfreien“ Parteivorstands von den Faschist\*innen geduldet zu werden.

Die „nationalbolschewistischen“ Tendenzen in der KPD waren selbstzerstörerisch und verstärkten den Niedergang der KPD vor der Machtübergabe an die Nazis: Nationalistische Rhetorik, antisemitische Positionen und die Sozialfaschismus-Politik gegen die Sozialdemokratie konnten die erhoffte Trendumkehr zugunsten der KPD nicht bewirken. Im Gegenteil: Fortschrittliche Menschen, linke Liberale, antifaschistische Intellektuelle kehrten der KPD den Rücken, enttäuscht und angewidert von diesem Auftreten. Antidemokratische und völkische Tendenzen wurden gestärkt und nicht geschwächt. Die Konsequenz konnte nur sein, sich in Zeiten gesellschaftlicher Krisen nicht nationalistischen und rechten Versuchungen hinzugeben oder gar dem Irrglauben aufzusitzen, Kategorien wie links und rechts hätten sich erledigt.

Ein „Zurückholen“ von Arbeiter\*innen, die sich dem Faschismus zugewandt hatten, blieb ohne Erfolg.

## **Freiheit und Solidarität als Bedingungen linker Politik - Für eine LINKE Transformaton. Sozial UND klimagerecht.**

Die seit zwei Jahren dauernde Pandemiekrise offenbart die Widersprüche und Schwächen des heutigen Kapitalismus überdeutlich. Aus den historischen Erfahrungen einerseits und den gegenwärtigen Verwerfungen andererseits muss die LINKE Schlussfolgerungen für ihre politischen Schwerpunkte und die Art und Weise ihres politischen Wirkens ziehen, auch in Hamburg. Die Linke muss den Menschen politische Angebote machen, die den Gebrauchswert der Partei im Alltag der Menschen unter Beweis stellen. Das gilt z.B. für die

---

<sup>21</sup> Ebenda.

<sup>22</sup> Ernst Niekisch (Hrsg.): Entscheidung. Die Wochenzeitung für nationalrevolutionäre Politik. Widerstands-Verlag, Berlin (Erscheinungsverlauf: Nr. 1: 9. Oktober 1932 bis Nr. 11: 26. März 1933).

<sup>23</sup> Wikipedia: [https://de.wikipedia.org/wiki/Streik\\_bei\\_der\\_Berliner\\_Verkehrsgesellschaft\\_1932](https://de.wikipedia.org/wiki/Streik_bei_der_Berliner_Verkehrsgesellschaft_1932).



Forderung nach Überführung des Gesundheitswesens in öffentliche Hand und für den Kampf um bezahlbaren Wohnraum, auch und gerade in Hamburg. Es ist Tatsache: In der Krise sind die Reichen unermesslich reicher und die Armen immer ärmer geworden. Die Organisation „Oxfam“ dokumentierte in ihrer aktuellen Analyse, dass die reichsten zehn Milliardär\*innen ihren Reichtum in den zwei Pandemie Jahren verdoppelt haben (auf fünf Billionen Dollar), während mehr als 160 Millionen Menschen zusätzlich in Armut gestoßen wurden!<sup>24</sup> Die Krise hat eine Reihe von drängenden Fragen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Tagesordnung gesetzt und die Staatstätigkeit zum Schutz der von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit Betroffenen deutlich und unersetzlich gemacht, zugleich aber auch die Grenzen staatlichen Handelns im Kapitalismus offenbart. Das neoliberale Dogma der „schwarzen Null“ hat endgültig Schiffbruch erlitten; nur der neoliberale Wanderprediger Lindner verkündet sie immer noch, allerdings jetzt aus der Position des Finanzministers. Jeder weiß, dass die vielen Milliarden, die für den Umbau zu einer „grünen Wirtschaft und Gesellschaft“ erforderlich sind, mit einer „schwarzen Null“ nicht zu haben sind. Auch der Verbotspolitiker Lindner weiß das, aber das neoliberale Dogma muss offenbar weiterhin als liberale Monstranz herumgetragen werden. Allerdings: Wir LINKE wollen keinen grünen Kapitalismus, sondern eine umfassende sozial-ökologische Transformation. Das ist in dem gerade veröffentlichten Programm „LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht“ gut und begründet dargelegt.<sup>25</sup> Es ist unsere Aufgabe, dieses Programm bekannt zu machen und auf seiner Grundlage konkrete Lösungen auch für den Kampf in unserer Stadt zu entwickeln, die von den Bürger\*innen als richtig, notwendig und daher wählenswert erkannt werden. Wir müssen die Beteiligung der Menschen anstreben und uns einen hohen Grad an aktiver Zustimmung erarbeiten, so, wie er auch bei der Berliner Volksinitiative „Deutsche Wohnen enteignen“ oder in Graz durch praktisches sozialpolitisches Engagement erreicht wurde. Und dabei müssen wir zuverlässig und glaubwürdig sein.

## **DIE LINKE muss in Bewegung kommen und Bewegung erzeugen!**

Olaf Scholz und die „Ampel“ haben viel versprochen, „Respekt“ und „Fortschritt“ sollen jetzt die Leitlinien rot-grün-gelber Politik sein. Wir als LINKE werden prüfen, was von diesem Wahlkampfversprechen in der konkreten Politik übrig bleibt und ob es nicht doch wieder die arbeitenden Menschen sind, die die Schuldenlast der (Pandemie-)Krise blechen müssen und ob nicht doch die Konzerne und Superreichen einmal mehr verschont werden.

In Hamburg zeigt sich, wie wichtig die LINKE ist, zum Beispiel im Kampf für ein öffentliches Gesundheitssystem und die Vergesellschaftung der Krankenhauskonzerne. Das gilt ebenso für die von LINKEN hervorragend organisierten, niedrighwelligen Impfaktionen. Die qualifizierte Arbeit der Rathausfraktion und ihre ausgezeichnete Arbeit im Cum-Ex-Untersuchungsausschuss macht deutlich: DIE LINKE wird gebraucht, auch und gerade in Hamburg! Ohne die Linksfraktion hätte das von Finanzsenator Dressel an einen Parteifreund zugeschobene Millionenprojekt nicht zurückgenommen werden müssen. Besonders wichtig war die LINKE bei der Unterstützung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts zur Vorbereitung und Organisation der Demonstration „Solidarität gegen Verschwörungsideologien“. Die LINKE nimmt sich der Geflüchteten an, die juristische, administrative Hilfe brauchen. Die LINKE bietet Sozialberatung und sucht die Bürger\*innen

---

<sup>24</sup> "Für Milliardäre gleicht Pandemie einem Goldrausch" – Pressemitteilung von „Oxfam“ am 17.1.2022 (Oxfam-Bericht: "Inequality kills").

<sup>25</sup> <https://www.die-linke.de/start/detail/fuer-eine-linke-transformation-sozial-und-klimagerecht/>

an den Haustüren auf, um ihre Probleme kennenzulernen und gemeinsam mit ihnen Lösungen zu finden.

Die Aktionen der Partei müssen trotz pandemiebedingter Schwierigkeiten und Einschränkungen unübersehbar sein und öffentliche Wirkung erzielen. Sie müssen von uns allen solidarisch vertreten werden.

Die Eintrittswelle junger Mitglieder, unsere Offensive in der politischen Bildungsarbeit und die Gründung sozialpolitischer Arbeitskreise in den Bezirksverbänden der Partei zeigen in aller Klarheit: Wir sind noch da und machen dem Hamburger Senat Beine!

Unser Weg aus der Parteikrise wäre aber nicht konsequent und komplett, wenn wir nicht unser „Innenleben“ umkrepeln würden. Wir müssen die Auseinandersetzung um unsere Identität als linkssozialistische Partei überzeugend führen und alle Anstrengungen unternehmen, den sozialistischen Charakter der Partei und unsere konsequente Friedenspolitik zu unterstreichen. Dazu gehört auch die klare Positionierung gegen die gegenwärtige unerträgliche antirussische Propaganda in der Ukraine-Frage! Linke Politik bedeutet, alle, wirklich *„alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“*<sup>26</sup> – und das gilt grenzenlos für jeden Menschen in jedem Land der Welt.

---

<sup>26</sup> Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385.